

WeltTrends und Afghanistan

Editorial in WeltTrends 179

„Den Krieg um Afghanistan hat der Westen verloren, wieder einmal.“ So begann im Jahre 2010 das Editorial im Heft 75. Und 2014 stellten wir im Heft 94 fest: „Wieder geht am Hindukusch ein Krieg zu Ende“ und fragten: „Folgt dem nun Frieden?“ Beide Aussagen und auch die Frage sind wieder aktuell. Die Taliban sind zurück in Kabul und der „Westen“ wehklagt.

WeltTrends hat sich von Beginn des Krieges in Afghanistan an gegen die Bellizisten hierzulande, seien sie schwarz, rosa oder grün, gestellt. Mit dem Wiederabdruck von drei Editorialen jener Hefte, die sich mit Afghanistan beschäftigten, zeigen wir, dass dieses militärische Engagement von Anfang an ein Abenteuer war, das von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt und von vielen Experten kritisiert wurde. Leider stimmte die Mehrheit der Abgeordneten im Bundestag jahrelang für die Fortsetzung des Krieges, obwohl das Fiasko am Hindukusch absehbar war – und das seit langem!

Im *Thema* geht es um eine Bilanz des ersten Amtsjahres von US-Präsident Biden. Eine Herkulesaufgabe sei es, die gesplante US-amerikanische Gesellschaft wieder „in die Mitte und zu einem gemeinsamen Dialog zu führen“, so Roland Benedikter. Außenpolitisch wollte Biden einen Neustart und er hat dafür Einiges getan: Die Beziehungen zu Europa, auch zu Deutschland, wurden verbessert und in der Klimapolitik engagiert man sich wieder; zugleich verschlechterte Biden das Verhältnis zu Russland – trotz Gipfel in Genf – und zu China. Und er verließ überstürzt Afghanistan. Für Erhard Crome, Gastherausgeber des Schwerpunktes, ist es der Versuch, mit einer „internationalistischen Politik“ den Rückbau der imperialen Überdehnung der Weltmacht USA so zu gestalten, dass grundlegende Interessen gesichert werden. Damit spiegelt auch Bidens Politik jene historische Tendenz wider, auf die Thomas Bonschab und Robert Kappel in ihrem Gastkommentar zur „Neuvermessung der Welt“ verweisen: Das Ende der Monopolstellung des Westens. Das zeigt sich heute besonders deutlich in Afghanistan.

Potsdam, im August 2021

Dr. Raimund Krämer
Chefredakteur

Erscheint im Heft 179 (September 2021)

Fiasko mit Ansage

Wenn jetzt die Klagen über die Niederlage des „Westens“ hierzulande groß sind, so soll an dieser Stelle vermerkt werden: Es waren Transatlantiker wie Norbert Röttgen, flankiert von grünen Bellizistinnen und auch immer wieder getrieben von den „Leitmedien“ dieses Landes, die zur Fortsetzung des Krieges aufriefen und die Realitäten am Hindukusch verweigerten. Dabei hätte es gereicht, Fontane zu lesen! Kritik an dem Krieg gab es von Anfang an. Die Bevölkerung dieses Landes hat sich nie für diesen Krieg ausgesprochen, die Abgeordneteninnen und Abgeordneten des Bundestages in ihrer Mehrheit sehr wohl. Von denen gibt es bisher keine kritische Selbstreflexion ob ihres Abstimmungsverhaltens – und sollte es doch dazu kommen, *WeltTrends* druckt dies gern ab.

Wir haben uns entschlossen, die Editoriale jener drei Hefte unverändert hier wieder zu geben, die sich im Schwerpunkt mit Afghanistan beschäftigten. Im Verlaufe der Jahre publizierten wir zahlreiche Einzelbeiträge, Kommentare und Leserbriefe zu diesem Thema. Sie und die Editoriale sind eine kritische Auseinandersetzung mit dem vorherrschenden Zeitgeist, der auf „Sieg des Westens“ programmiert war. Sie sind polemisch, nicht ohne Ironie geschrieben und geben Zeugnis, dass es eine Vielzahl von Stimmen wider den Mainstream hierzulande gab und weiterhin geben wird, wenn über neue Interventionen öffentlich palavert wird.

Potsdam, den 16.8.2021 RK

Durchhalten und nicht nachdenken

Kurs halten in Afghanistan! Alles andere wäre Feigheit vor dem Feind. Langer Atem sei gefragt. Durchhalten und nicht nachdenken; vor allem nicht über Alternativen der deutschen Afghanistan-Politik. Wer jetzt über Abzug der Bundeswehr aus dem Hindukusch laut nachdenkt, der lasse sich von der Propaganda der Taliban einlullen, der betreibe das Geschäft der „mordenden Islamisten“. Aber es rumort im politischen Berlin. Ein Durchwinken der Beschlüsse über Auslandseinsätze, speziell in Afghanistan, wird es nicht mehr geben. Die wachsende Zahl von Toten, auch deutschen, beim „militärischen Engagement“ und die zweifelhaften Ergebnisse bei der „Wiederherstellung der Demokratie“, wie sie jüngst beim Treffen der Stammesführer – und nicht demokratisch legitimierter Vertreter – sichtbar wurden, führen in allen Parteien zu Diskussionen, in manchen sogar zu Sonderparteitagen. Fragen werden gestellt, Zweifel formuliert. Und auch recht widersprüchliche Antworten

geboten: von der eher taktisch begründeten Bündelung von Mandaten über die Forderung nach neuen Einsätzen, wie z.B. in Dafur, bis hin zum Rückzug unserer Streitkräfte. Inwieweit die Idee, die gesamte afghanische Mohnernte aufzukaufen, dazu gehört, ist Ansichtssache. Die nächsten Monate werden uns weitere Vorschläge bringen – jedoch auf eine Bevölkerung treffen, deren „freundliches Desinteresse“ für die Bundeswehr, so noch vor kurzem Bundespräsident Köhler, sich allmählich in ein „waches Interesse“ wandelt.

Dieser kritischen Öffentlichkeit ist *WeltTrends* verpflichtet. Im Frühjahr dieses Jahres begannen wir eine Debatte über deutsche Militärpolitik, die wir im Sommerheft (Nr. 55) fortsetzten. In diesem Heft nun wird im Thema Militärmacht Deutschland aus unterschiedlichen Sichten und mit zum Teil konträren Positionen diskutiert. Wenn man einen gemeinsamen Nenner aller Beiträge nennen will, so ist es die Forderung nach „Mehr Politik!“, nach mehr öffentlicher Debatte, in der mit klarer Sprache die Dinge beim Namen genannt werden: Interessen, Aufgaben, Kriterien, Verantwortlichkeit und Legitimation.

Dass die Mehrheit der Bevölkerung dieses Landes für ein „Raus aus Afghanistan“ ist, wird von (einigen) Politikern noch arrogant ignoriert. Man könne „nicht der Stimmung der Bevölkerung folgen, sondern muss politische Verantwortung übernehmen“, meint Peter Struck von der SPD. Ja, Herr Struck, Politik sollte Verantwortung übernehmen. Klar zur Wende in der Afghanistan-Politik! Ree!

Erschienen in WeltTrends 56 (Herbst 2007)

Exit Afghanistan

Den Krieg um Afghanistan hat der Westen verloren, wieder einmal. Nun reden alle vom Abzug. Einige, wie die Niederländer, haben schon die richtige Entscheidung für sich getroffen: Sie ziehen ab. Andere, wie US-Präsident Obama und die Regierungskoalition in Berlin, verstärken erstmal ihre Truppen, um - wenn schon nicht mit: „erhobenem Haupt“, so doch „ohne Gesichtsverlust“ – das Land am Hindukusch verlassen zu können. Ob dies aufgeht, ist mehr als fraglich. 2014 ist das magische Jahr: Danach wird „Afghanistan“ hierzulande wohl nur noch für Historiker und Ethnografen von Interesse sein. All jene, die in den letzten zehn Jahren im Parlament und im Feuilleton für diesen Krieg gestimmt oder geschrieben haben, werden sich dann „neuen globalen Herausforderungen“ zuwenden. Bis dahin aber will sich Berlin verstärkt engagieren, auch militärisch. *Partnering* heißt das geschmeidige Wort, mit dem kaschiert werden soll, dass deutsche Soldaten (als Ausbilder)

verstärkt in der Fläche, d.h. bei Kampfhandlungen, präsent sein werden. Eine solche Ausweitung wird zu weiteren Opfern führen: in der afghanischen Bevölkerung und auch bei deutschen Soldaten. Dessen sollten sich alle bewusst sein.

Im Frühjahr 2011 hat der Deutsche Bundestag erneut über das Mandat der Bundeswehr für Afghanistan zu entscheiden. Naivität oder Illusionen sind da nicht nur fehl am Platz, sondern können sogar tödlich sein. Es würde nicht nur der Auffassung der übergroßen Mehrheit der deutschen Bevölkerung entsprechen, sondern auch der politischen (und militärischen) Vernunft, wenn das Parlament die Bundeswehr zurückholt - sicherlich nicht kopflos, aber sofort! Es würde auch den Souverän wieder stärker ins Spiel bringen, wenn es um die Fragen von „Krieg und Frieden“ geht. Dort gibt bisher die Exekutive den Ton an. Ein solcher Abzug würde weitere Opfer unter deutschen Soldaten verhindern und auch eine politische Lösung des afghanischen Knotens befördern. Für ein frischgebackenes Mitglied des UN-Sicherheitsrates sicherlich eine lohnende Aufgabe!

Potsdam, im Oktober 2010

Erschienen in WeltTrends 75 (November/Dezember 2010)

Abgrund Afghanistan

Wieder geht am Hindukusch ein Krieg zu Ende. Folgt dem nun Frieden? Der Abzug der ISAF-Truppen aus Afghanistan steht an; er soll zum Ende des Jahres abgeschlossen sein. Aber ausländische Truppen, auch deutsche, werden weiterhin „vor Ort“ sein. Zwischendurch wird es Präsidentschaftswahlen mit ungewissem Ausgang geben. Bilanzen der vergangenen zwölf Jahre „Krieg in Afghanistan“ werden schon seit geraumer Zeit gezogen. Sie fallen nach Institution und politischer Sicht zwar unterschiedlich aus, aber in der Ernüchterung ist man sich einig. Afghanistan ist weiterhin nicht nur ein armes, sondern auch ein unsicheres, instabiles Land. Die anfänglich proklamierten Demokratisierungsziele wurden dem „Krieg gegen den Terror“ untergeordnet. Aber auch dort ist das Ergebnis bescheiden, wenn selbst der afghanische Präsident Hamid Karzai im Oktober 2013 feststellt, dass „an der Sicherheitsfront das ganze NATO-Unternehmen Afghanistan eine Menge Leiden...und keinen Zugewinn brachte, denn das Land ist nicht sicher“.

Zu dieser traurigen Bilanz gehören auch 54 in Afghanistan getötete deutsche Soldaten (Stand 6.10.2013). Hinzu kommen die Verwundeten und die Traumatisierten, von den enormen

materiellen Verlusten gar nicht zu reden. Die Beendigung dieses Krieges sollte für Militär und Politik hierzulande nicht nur als ein logistisches Problem verstanden werden, sondern Anlass sein, über Kriege im 21. Jahrhundert und die Rolle Deutschlands ernsthafter nachzudenken.

Afghanistan ist auch ein regionales Problem. Dieses Land ist ethnisch, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch eng mit Zentralasien, mit Pakistan und dem Iran verbunden; es strahlt in den Norden des indischen Kontinents – ein Raum, den man mit Fug und Recht als konfliktreich, ja gefährlich bezeichnen kann. Ein kollabierendes Afghanistan kann die gesamte Region in den Abgrund reißen. Regionales Engagement ist gefragt. Der Istanbul Prozess ist ein hoffnungsvoller regionaler Ansatz. Ob den über 30 Jahre dauernden bewaffneten Auseinandersetzungen in und um Afghanistan nun ein Westfälischer Frieden folgt, der das Land und den gesamten Raum stabilisiert, ist aber mehr als fraglich.

Potsdam, im Januar 2014

Erschienen in WeltTrends 94 (Januar/Februar 2014)

Afghanistan-Krieg: Die Ohnmacht des Westens

Majd El-Safadi

Afghanistan ist geopolitisch bedeutsam. Imperien haben dort die Grenzen ihrer Macht erfahren: die Briten, die Sowjetunion und jüngst die USA. Nicht von ungefähr spricht man von Afghanistan als *Graveyard of Empires*, vom Grab der Großreiche. Nach zwei Jahrzehnten geht der längste Krieg in der US-amerikanischen Geschichte zu Ende. Im Rahmen der internationalen Schutztruppen (*ISAF*, 2001 bis 2014) und der Mission *Resolute Support* (ab 2015) beteiligte sich auch Deutschland. Zwischenzeitlich waren mehr als 5.000 deutsche Soldaten in Afghanistan, 59 verloren ihr Leben. Mehr als zwölf Milliarden Euro kostete der Einsatz von 2001 bis Ende 2020. Für die USA liegen die Kosten inklusive ziviler Hilfe bei weit über zwei Billionen US-Dollar (Statistik des *Costs of War*-Forschungsprojekts der Brown University).

Die Bilanz des Krieges ist verheerend: „Amerikas größtes strategisches Desaster“ (*Foreign Policy*). Die *SZ* stellt treffend fest, dass die USA und ihre Alliierten Afghanistan gedemütigt verlassen haben. Dass die letzten deutschen Soldaten nicht einmal anständig empfangen

worden sind, kritisiert *FAZ*-Mitherausgeber Berthold Kohler: „Fußballspieler, die ein Achtelfinale verstopft haben, kann man so behandeln, nicht aber Soldaten.“ Und Ludger Volmer bemerkte jüngst in dieser Zeitschrift: „Während die USA das „Recht zum Krieg“ hatten, verletzen sie das „Recht im Krieg“ und verloren damit auch Legalität.“ Nun haben wir die Debatte um diesen Krieg. Dabei gibt es das Spannungsverhältnis zwischen der „Logik der Werte“ und der „Logik der Macht“ (Heinrich August Winkler). „Der Truppenabzug“, so Herfried Münkler in der *NZZ*, „ist das Eingeständnis, dass sich der Westen mit dem Projekt einer liberalen Weltordnung überhoben hat.“ Münkler wertet den Abzug aus Afghanistan als „historische Zäsur“. Woraufhin der Journalist Richard Herzinger ebenjenem „professoralen Abgesang auf die liberale Weltordnung“ widerspricht. Eine rationale Analyse zeigt, dass Münklers These zutrifft. *Erstens* haben sich die USA als Führungsmacht nicht nur überhoben, sondern die *Pax Americana* ist in Afghanistan völlig gescheitert. Infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 galten die Verfolgung der al-Qaida-Terroristen und der Sturz des Taliban-Regimes als vordergründige Ziele. Später kam, *zweitens*, die Demokratisierung Afghanistans als hehres, aber illusorisches Ziel hinzu. Fortan stand der Einsatz im Zeichen des Nation-Building mit militärischen Mitteln und missionarischem Impuls. Eine krachende Niederlage des „liberalen Imperialismus“ (Carlo Masala) ist gleichermaßen der völkerrechtswidrige Irakkrieg (2003). Vor dem Einmarsch in den Irak hat Außenminister Colin Powell US-Präsident George W. Bush gewarnt: „*If you break it, you are going to own it.*“ Damit spielt Powell auf eine langfristige Strategie für die Nachkriegsordnung im Irak an, die bis dato fehlte. Eine kohärente Afghanistan-Strategie mit realistischen Zielen war ebenfalls nicht zu erkennen. *Drittens* fehlte das Verständnis für die afghanische Kultur und Gesellschaftsordnung: Ein Vielvölkerstaat mit vier dominierenden Stämmen (Paschtunen, Tadschiken, Usbeken/Turkmenen, Hazara) und vielen islamischen Strömungen. Daraus ergeben sich ethnisch-kulturelle Konflikte und eine Zersplitterung der Gesellschaft. Christian Graf von Krockow wies zu Recht darauf hin, dass Demokratie an eine spezifische politische Kultur, an Vorbedingungen gebunden sei, „die sich nicht ohne Weiteres herstellen und schon gar nicht schematisch auf andere Kulturen übertragen lassen.“ *Viertens* hat man die symbolische Wirkung unterschätzt, da sich die Intervention in den „Katalog von Kränkungen“ der islamischen Welt fügt und einen „Kampf der Kulturen“ entlang kultureller Bruchlinien befeuert.

Fünftens ist die gegenwärtige Situation Ausdruck der bevorstehenden Unruhe, des Chaos und der Hilflosigkeit innerhalb der afghanischen Bevölkerung: Die Taliban sind wieder auf dem

Vormarsch und erobern unumwunden afghanische Städte: Kandahar, Herat, Laskhar Gah, Kundus, der frühere Bundeswehr-Standort Masar-i-Scharif, und zuletzt die Hauptstadt Kabul. Die afghanische Armee hatte dem nichts entgegenzusetzen, obwohl mehr als 90 Milliarden Dollar von den USA in die Ausbildung und Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte geflossen ist. 350.000 Soldaten und Polizeikräfte sollen von westlichen Streitkräften ausgebildet worden sein. Hinzu kommen Schusswaffen, Munition, Hubschrauber, gepanzerte Fahrzeuge – eigentlich für den Kampf gegen die Taliban bestimmt, und jetzt in den Händen der radikalislamistischen Miliz. Demnach übernahmen bewaffnete Kämpfer der Taliban die Kontrolle über den Präsidentenpalast in Kabul und posierten stolz. „Unser Land wurde befreit und die Mudschaheddin haben in Afghanistan gesiegt“, sagte einer von ihnen dem TV-Sender *Al-Jazeera*. Und wo weilt währenddessen der afghanische Präsident Aschraf Ghani? In einem Akt politischer Feigheit flieht Ghani ins Ausland, mutmaßlich nach Usbekistan, und erklärt bei Facebook: „Die Taliban haben gesiegt.“ Nun sei die Miliz verantwortlich für „die Ehre, das Eigentum und die Selbsterhaltung ihrer Landsleute“. Dass das hinterlassene Machtvakuum rasch genutzt und gefüllt werden würde, lag auf der Hand. Die *New York Times* titelte: „Afghanistans Regierung kollabiert“ und „Taliban erobern Afghanistan; U.S. scrambles to evacuate Americans“.

Bereits im Juli prophezeite das *Wall Street Journal*, dass Afghanistan „Joe Bidens Vietnam“ sei. Afghanistan, ein zweites Vietnam? Biden weist den Vorwurf brüsk zurück und erkenne auch keine Parallelen. Nachdem die Taliban zu diesem Zeitpunkt kurz bevorstanden, die Hauptstadt Kabul einzunehmen, begannen die USA mit der Evakuierung ihrer Botschaft mittels US-Hubschraubern. Dabei erinnern die Bilder *nolens volens* an den Fall bzw. der Evakuierung von Saigon 1975. Ein Bild maximaler Demütigung der einst unangefochtenen Weltmacht, damals wie heute wohlgerckt. „Biden hat seinen Saigon-Moment!“ stellt die *Bild*-Zeitung überschwänglich fest. Eine Assoziation, die Biden, der im „*America-is-back*“-Modus verharret, tunlichst vermeiden wollte. Symbolpolitik ist eben auch Machtpolitik. Die USA sind dem *machtstrategischen Paradoxon* zum Opfer gefallen: Die verwundbare Supermacht wollte Vergeltung für 9/11 und unbedingt ihre militärische Macht demonstrieren. Mit der *imperialen Überdehnung* haben die USA hingegen ihre Machtlosigkeit zur Schau gestellt. Kurzum: Der vermeintliche *War of Necessity* ist zu einem kostspieligen *War of Choice* geworden, der nicht zu gewinnen war. Somit markiert der unrühmliche Abzug aus Afghanistan das Ende eines zwanzigjährigen außenpolitischen Abenteuers, das einem Selbstbetrug gleicht und entsprechend quittiert wird. Statt die Sicherheit am Hindukusch zu

verteidigen, hat man einen *postimperialen* Raum der Unsicherheit geschaffen. Es besteht die Gefahr, dass ein weiterer *failed state* entsteht, der in einzelne, schwer beherrschbare Territorien zerfällt und zu einer Hochburg des islamistischen Terrorismus heranwächst. Die Folgen werden Europa und Deutschland spüren: Migrationsströme, Gefährdung industrieller Großprojekte (Siemens Energy) und verstärkte Terrorgefahr.

Es ist bezeichnend, dass der Krieg genauso endet, wie er begonnen hat: mit der Herrschaft des Taliban-Regimes und dem Ziel, ein *Islamisches Emirats* zu errichten. Aber schon Hegel wusste: „Wir lernen aus der Geschichte, dass wir überhaupt nichts lernen.“ Warum haben die USA aus dem Fiasko im Irak und dem Aufstieg des *Islamischen Staates* (IS) nichts gelernt? Der Afghanistan-Veteran Jason Dempsey bietet eine polit-psychologische Erklärung in der *Washington Post* an: „Wir gingen davon aus, dass der Rest der Welt uns so sah, wie wir uns sahen. Wir glaubten, dass wir die Welt nach unserem Bild formen konnten, indem wir unsere Waffen und unser Geld einsetzten.“ Beide Annahmen hätten sich, folgert Dempsey treffend, „auf tragische Weise“ als falsch erwiesen.

Was bleibt? Die „Achse des Scheiterns“, die fehlgeschlagenen Interventionen in Afghanistan, im Irak und in Libyen, zeigen den Machtverlust der USA im mittlerweile multipolaren Nahen Osten. Die Destabilisierung der Region, Bürgerkriege und die Rückkehr des Terrorismus hat man bewusst in Kauf genommen. „Wenn das Ende der Macht in Sicht ist, ist die Macht am Ende“, schreibt Jakob Augstein. Als Folge von Hybris, Orientierungs- und Strategielosigkeit steht das Scheitern in Afghanistan für diese ohrenbetäubende Ohnmacht des Westens.

Erscheint in WeltTrends 179 (September 2021)